

Annette Angermann¹ und Sabrina Zajak²

Alter Wein in neuen Schläuchen oder Konturierung einer europäischen Engagement- politik? – Bilanz und Perspektiven des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011

1

Abstract

Dieser Artikel nimmt das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 zum Anlass aktuelle Entwicklungen europäischer Engagementförderung zu diskutieren. Dabei wird die Annahme, das Europäische Jahr wurde dazu genutzt, Engagementpolitik auf europäischer Ebene weiterzuentwickeln und die Kohärenz zwischen verschiedenen Ansätzen und Initiativen zu erhöhen, der These gegenübergestellt, die Europäische Kommission habe das Jahr vor allem dazu genutzt, bestehende Initiativen und den Status Quo zu präsentieren, statt offen auf Ideen struktureller Veränderungen einzugehen, die eine stärkere Etablierung und Koordinierung engagementförderlicher Politiken ermöglichen könnte.

1. Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 und europäische Engagementpolitik

Im Juni 2009 erklärte die Europäische Kommission das Jahr 2011 zum „Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft“³ (Rat der Europäischen Union 2009). Das Jahr 2011 wurde auch ausgewählt, um an die Erfolge des Internationalen Jahres der Freiwilligen (IJF)⁴ – welches die Vereinten Nationen vor zehn Jahren, im Jahre 2001 ausgerufen hatten –

¹ Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa (angermann@deutscher-verein.de)

² Humboldt Universität zu Berlin, Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement (sabrina.zajak@staff.hu-berlin.de). Die Autorinnen bedanken sich Prof. Braun für sein Feedback, welches zur Überarbeitung und Verbesserung des Papiers beigetragen hat. Weitere Kommentare und Rückmeldungen sind willkommen.

³ Im folgenden Text werden aufgrund der besseren Lesbarkeit auch die kürzeren Bezeichnungen des „Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011“ wie Europäisches Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 oder Europäisches Jahr 2011 verwendet.

⁴ <http://www.b-b-e.de/index.php?id=ijf2001>, http://www.eyv2011.eu/images/stories/EYV_2011_IYV10_FINAL_VERSION.pdf



anzuknüpfen und dem Thema “Bürgerschaftliches Engagement“ in Europa weiteren Auftrieb zu verleihen. Als Ziele des Europäischen Jahres wurden formuliert günstige Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeiten in der EU zu schaffen, Freiwilligenorganisationen zu stärken, die Qualität von Freiwilligentätigkeiten und deren Anerkennung zu erhöhen sowie grenzüberschreitenden Austausch und gegenseitiges Lernen zu unterstützen. Gleichzeitig soll das Europäische Jahr 2011 auch dazu beitragen Bürgerbeteiligung zu stärken (Rat der Europäischen Union 2009).

Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 ist ein Ergebnis der Anstrengungen verschiedener europäischer Akteure auf europäischer Ebene förderliche Rahmenbedingungen für Freiwilligentätigkeit zu schaffen, weiterzuentwickeln und die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren. Dementsprechend ist es berechtigt – mit dem Abschluss des Europäischen Jahres 2011 – nun nach den Auswirkungen und Konsequenzen dieses Europäischen Jahres in Hinblick auf die Entwicklung einer europäischen Engagementpolitik zu fragen. Inwiefern wurde die europäische Engagementpolitik im und durch das Jahr 2011 weiterentwickelt und geschärft? Welche Rolle spielen zivilgesellschaftliche Netzwerke in diesem Prozess?

Diese beiden Fragen erscheinen zentral, um aktuelle Entwicklungen im Bereich europäischer Engagementpolitik zu erfassen, da die Ausgestaltung solch einer Politik dabei Gegenstand eines politischen Prozesses ist, an dem die Europäische Kommission, der Rat der Europäischen Union, das Europäische Parlament, der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA)⁵ ebenso beteiligt sind wie zivilgesellschaftliche Organisationen. Dabei erstreckt sich das Thema Engagementförderung als Querschnittsthema entlang verschiedener Politikbereiche und Institutionen und ist durch eine Heterogenität von Akteuren, Verfahren, Steuerungsmechanismen und Themen gekennzeichnet (vgl. z.B. Held 2010; Hilger 2008; Kendall 2009a). Zentrale Charakteristika dieses Bereiches sind die Fragmentierung und institutionelle Diversität sowie die überwiegend indirekten bzw. „weichen“ Steuerungsmechanismen von Empfehlungen und Fördermaßnahmen (Kendall 2009b). Dennoch lassen sich anhand der verschiedenen Positionspapiere, Stellungnahmen, Mitteilungen und Programme die Konturen einer Engagementpolitik herausarbeiten, die darauf abzielt Freiwilligentätigkeiten in Europa grenzüberschreitend zu fördern sowie die Rahmenbedingungen für Engagement zu verbessern und zu vereinheitlichen. Hierzu soll folgende Argumentationslinie vertreten werden:

Obwohl das Europäische Jahr kein unmittelbares Förder-, sondern vor allem ein Kommunikationsinstrument ist („Kampagnenjahr“), mit dem der europaweite öffentliche politische Diskurs angestoßen und unterstützt werden soll (Schwärzel 2010), lassen sich zunächst drei scheinbar widersprüchliche Entwicklungstendenzen europäischer Engagementpolitik erkennen: Verschiedene Stellungnahmen, Mitteilungen und Positionspapiere, die im Laufe des Europäischen Jahres und unmittelbar danach verfasst worden sind, deuten darauf hin, dass sich europäische Engagementpolitik weiter *ausdifferenziert*, beispielsweise durch die Erschließung neuer Politikbereiche, verhärtet, durch das Ergreifen von Gesetzesinitiativen wie dem europäischen

⁵ Hier ist vor allem die Stellungnahme des EWSA zu „Freiwilligenaktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“ (SOC/243 – CESE 1575/2006) zu nennen.



Stiftungsstatut und die *Kohärenz erhöht* („Vereinheitlichung“) durch die Formulierung gemeinsamer Ideen und verbesserter Kommunikation. Gleichzeitig wird diese Entwicklung nicht alleine von europäischen Initiativen „top down“ vorangetrieben, sondern ebenfalls von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken angestoßen und mitgetragen. Trotz dieser Entwicklung lässt sich nicht von einer umfassenden Programmatik einer engagementpolitischen Agenda sprechen, hinter der eine klare (Leit-)Idee von bürgerschaftlichem Engagement steht. Vielmehr basiert der Prozess der Ausdifferenzierung und Vereinheitlichung stark auf einer *Re-Formulierung* und (*rhetorischen*) *Verknüpfung* bereits bestehender engagementrelevanter Politikansätze. Das bedeutet, europäische Engagementpolitik im Zuge des Europäischen Jahres ist zumindest in (großen) Teilen ein alter Wein in neuen Schläuchen. Das wird insbesondere an dem Kommissionsdokument „Mitteilung zu EU-Politik und Freiwilligentätigkeit: Anerkennung und Förderung grenzüberschreitender Freiwilligenaktivitäten in der EU“ (Europäische Kommission 2011), deutlich. In der Mitteilung werden überwiegend bestehende Initiativen und der Status Quo gebündelt präsentiert, ohne jedoch einen Um- bzw. Ausbau des europäischen Institutionengefüges zu beinhalten.

Methodisches Vorgehen und Forschungsperspektive

Die zugrunde liegende Annahme einer Weiterentwicklung europäischer Engagementpolitik mittels des Europäischen Jahres 2011 versus der These die Europäische Kommission habe das Europäische Jahr dazu genutzt lediglich den Status Quo zu präsentieren, ohne auf Ideen struktureller Veränderung im Engagementbereich einzugehen, soll im Folgenden anhand der Analyse wichtiger engagementpolitischer Dokumente, die während bzw. in Folge des Europäischen Jahres erschienen sind, diskutiert werden. Damit basiert die Argumentation dieses Papiers in erster Linie auf der Analyse von policy-Dokumenten und deren Einbettung in den europäischen engagementpolitischen Kontext. Die Quellen werden im nächsten Abschnitt erörtert. Darüber hinaus wurden als Hintergrundinformationen Expertengespräche mit einem Vertreter der europapolitischen Abteilung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE), sowie des europäischen Netzwerkes für Freiwilligenarbeit Centre Européen du Volontariat (CEV), herangezogen. Des Weiteren lieferte der Kongress der SPD-Bundestagsfraktion „Engagiert in und für Europa: Bilanz und Perspektiven der Freiwilligentätigkeit in Europa“, der am 28.11.11 im Deutschen Bundestag in Berlin stattfand, wichtige Anhaltspunkte über die aktuellen europäischen engagementpolitischen Debatten. Die Teilnahme an den Sitzungen der BBE-Arbeitsgruppe „Engagement und Partizipation in Europa“ (AG 9) gewährte zudem Einblicke in die zivilgesellschaftliche Perspektive auf die Entwicklungen während des Europäischen Jahres 2011. Die Gespräche und teilnehmenden Beobachtungen ermöglichten den Autorinnen eine ausgewogenere Betrachtungsweise und Einordnung der policy-Dokumente. Gleichzeitig wird durch den Einbezug der Perspektive zivilgesellschaftlicher Organisationen deutlich, dass die Entwicklung europäischer Engagementpolitik nicht nur von staatlichen und supranationalen Akteuren vorangetrieben und ausbuchstabiert, sondern auch von europaweit vernetzten Verbänden, Vereinen und Stiftungen angestoßen und mitgetragen wird. Die Einbeziehung der zivilgesellschaftlichen Perspektive in Abschnitt 3 lässt sich sowohl empirisch als auch normativ



begründen: Empirisch gesehen waren zivilgesellschaftliche Organisationen wichtige Motoren und Träger des Europäischen Jahres 2011;⁶ normativ lässt sich der Einbezug ihrer Perspektive damit rechtfertigen, dass der Anspruch des Europäischen Jahres ebenfalls die „Förderung der aktiven Bürgerschaft“ und damit auch eine stärkere Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen darstellt. Deshalb ist es relevant, Gemeinsamkeiten aber durchaus auch Divergenzen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und den EU-Politiken aufzuzeigen.

2. Engagementpolitische Entwicklungen auf europäischer Ebene während des Europäischen Jahres 2011

Während des Europäischen Jahres 2011 wurden eine Reihe von Initiativen und Förderprogramme von unterschiedlichen Akteuren und Institutionen angestoßen, bestehende verfestigt oder erweitert sowie neue Vorhaben definiert und in den Politikprozess eingebracht.⁷ Insbesondere in der Mitteilung der Kommission „Mitteilung zu EU-Politik und Freiwilligentätigkeit: Anerkennung und Förderung grenzüberschreitender Freiwilligenaktivitäten in der EU“ (Europäische Kommission 2011), welche Ende September 2011 herauskam, fasst die Europäische Kommission ihre Perspektive und weitere Zielrichtung für die Weiterentwicklung einer europäischen Engagementpolitik zusammen.⁸ Andere Akteure formulierten im Kontext des Europäischen Jahres Positionspapiere sowie Empfehlungen und Forderungen an die Europäische Kommission. Dazu zählt der Rat der Europäischen Union mit seinen Ratsschlussfolgerungen „Die Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik“ (Rat der Europäischen Union 2011) ebenso wie die „Policy Agenda on Volunteering in Europe“ (P.A.V.E.) (EYV 2011 Alliance 2011) der European Year of Volunteering 2011 Alliance (kurz EYV 2011 Alliance). Die Alliance ist ein Zusammenschluss aus derzeit 39 verschiedenen europäischen, zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich zum Ziel gesetzt haben, aktiv zur Ausgestaltung einer europäischen Engagementpolitik beizutragen und ihre gemeinsamen Forderungen an die politischen Institutionen auf europäischer Ebene heran zu tragen.⁹ Mitglieder sind in Brüssel angesiedelte Organisationen wie

⁶ In einer Evaluationssitzung im Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages heißt es dazu: „Der ursprüngliche Anstoß hierfür [EJF 2011] sei nicht von der Kommission, sondern aus der Zivilgesellschaft gekommen. Diese habe sich jahrelang für die Ausrufung eines solchen Europäischen Jahres eingesetzt und schließlich Kommission, Parlament und Rat von dieser Idee überzeugt“ (Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages 2012: 6). Darüber hinaus haben sich viele Organisationen an der Umsetzung des Europäischen Jahres beteiligt. In Deutschland wurden beispielsweise eine Reihe von Veranstaltungen in Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Europäischen Kommission, nationalen Behörden und zivilgesellschaftlichen Netzwerken gefördert, beispielsweise die Konferenz mit Beteiligung des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement und eine Fachkonferenz des Landesjugendringes Berlin.

⁷ Das bedeutet jedoch nicht automatisch, dass dies ein unmittelbarer Effekt des Freiwilligenjahres ist, da die unterschiedlichen Politikbereiche ihre Strategien auch unabhängig vom Europäischen Jahr 2011 weiterentwickeln.

⁸ Darüber hinaus ist eine umfassende Evaluation des Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft und seiner Ergebnisse angekündigt.

⁹ <http://www.eyv2011.eu/about-the-alliance>



beispielsweise das Centre Européen du Volontariat/European Volunteer Centre (CEV), Volonteuropé, AGE Platform Europe, die Confederation of Family Organisations in the European Union (COFACE) sowie die Social Platform. Die EYV 2011 Alliance gründete sich im Jahr 2007, um die Durchführung eines Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit im Jahr 2011 zu bewerben, durchzusetzen und zu unterstützen. Es soll hier ebenfalls ihre Position berücksichtigt werden, da die EYV 2011 Alliance durchaus relevant für das politische Agenda-Setting auf europäischer Ebene war und ihre Vorschläge mittels der EYV 2011 Alliance-Arbeitsgruppen auch in die Vorbereitung der Mitteilung der Europäischen Kommission eingeflossen sind.

Daneben gibt es weitere spezifische Politikvorschläge verschiedener Akteure wie z.B. der Vorschlag eines europäischen Stiftungsstatus, der im Europäischen Jahr 2011 Auftrieb erfahren hat. Zusammengenommen konturieren diese Dokumente sich abzeichnende Entwicklungstendenzen zur europapolitischen Förderung von Engagement, wobei vor allem zivilgesellschaftliche Forderungen über die Kommissionsposition hinausgehen und so versuchen, die Entwicklung der Engagementpolitik voranzutreiben. Im Folgenden sollen die Dokumente, ausgehend von den Mitteilungen der Kommission, unter den Gesichtspunkten der Ausdifferenzierung, Verhärtung und Vereinheitlichung europäischer Engagementförderung diskutiert werden.

Weitere Ausdifferenzierung europäischer Engagementförderung: Erschließung bzw. Öffnung bestehender Politikbereiche für das Thema Freiwilligentätigkeit

Europäische Engagementpolitik hat bereits eine längere Tradition und lässt sich vor allem als Ansammlung zahlreicher Programme zur Förderung von Freiwilligentätigkeiten beschreiben. Bemühungen europäischer Akteure, wie beispielsweise des Europäischen Parlaments, das freiwillige Engagement der europäischen Bürger/innen auch grenzüberschreitend zu befördern, reichen bis in die 1980er Jahre zurück.¹⁰ Als eine der ersten Maßnahmen zur Förderung von grenzüberschreitendem freiwilligem Engagement ist beispielsweise die Einführung des Europäischen Freiwilligendienstes (Directorate-General Education and Culture 2006) im Jahr 1996 anzusehen.

Im Zeitverlauf haben sich engagementpolitische Teilaspekte in verschiedenen Politikbereichen herauskristallisiert (für einen sehr guten Überblick über diese Entwicklung vgl. auch Held 2010). Sie sind in unterschiedlichen Generaldirektionen der Kommission angesiedelt: In der Generaldirektion Kultur und Bildung der Europäischen Kommission ist der Bereich Ehrenamt im Sport sowie der Bereich Jugend und Bildung angesiedelt. Die humanitäre Hilfe mit dem „Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe (EVHAC)“, die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER), die Förderung aus dem Europäischen Sozialfonds sowie das Programm "Europa für Bürgerinnen und Bürger" sind der Generaldirektion Kommunikation zugeordnet. Besonders umfangreich ist die Förderung im Bereich Freiwilligentätigkeit

¹⁰ Resolution zur einer stärkeren Anerkennung freiwilliger Tätigkeiten (Europäisches Parlament (1983): Résolution sur le volontariat (11525/83), Brüssel, 16.12.1983, Parlamentsarchiv ASSRE 431) sowie die Initiative des Europäischen Parlaments 1984 einen rechtlichen Status für einen „Europäischen Verein“ einzuführen (Held 2010: 411).

von Jugendlichen¹¹, ein Feld, welches seit 1996 kontinuierlich ausgeweitet wurde (Europäische Kommission 2001, Rat der Europäischen Union 2004) und dessen Kern der Europäische Freiwilligendienst (EFD) bildet.

6

Die Unterscheidung nach sektoralen Politikbereichen verdeutlicht den fragmentierten Charakter der Engagementförderung auf europäischer Ebene. Lassen sich im Verlauf des Europäischen Jahres Entwicklungstendenzen erkennen, die Hinweise liefern, ob es zu einer stärkeren Kohärenz oder zu einer weiteren Ausdifferenzierung der Engagementförderung kommt? In den Mitteilungen betont die Europäische Kommission, auch weitere Politikbereiche und Themenfelder für Freiwilligentätigkeit sensibilisieren und öffnen zu wollen. So wird in den Mitteilungen ein besonderes Augenmerk auf die Chance des Lernens und den Erwerb von sozialen Kompetenzen und der Weiterqualifizierung gelegt. Dementsprechend sollen Vorschläge der Verankerung von Freiwilligentätigkeit im Rahmen der EU-Beschäftigungsstrategie möglicherweise im Kontext der Kommissionsinitiative „Neue Kompetenzen für neue Beschäftigungen“ gemacht werden (Europäische Kommission 2011, Abschnitt 2.2.3). Damit wird das Feld europäischer Engagementpolitik erweitert, indem das Thema in bestehende Bereiche hineingetragen und verankert wird. Dies stärkt das Argument der weiteren Ausdifferenzierung europäischer Engagementförderung. Dies bedeutet allerdings nicht, dass europäische Fördermaßnahmen ausgeweitet werden. Vielmehr betont die Europäische Kommission, dass bestehende Förderprogramme weitergeführt werden (Europäische Kommission 2011, Abschnitt 2.2.1) und möglicherweise durch Maßnahmen wie dem Europäischen Qualifikationspass, indem im Rahmen von Freiwilligentätigkeit gesammelte Arbeitserfahrungen und erworbene Fähigkeiten festgehalten werden sollen, ergänzt werden (Europäische Kommission 2011, Abschnitt 2.2.3). Die Einführung solch eines Qualifikationspasses wird auch von der EYV 2011 Alliance (EYV Alliance 2011: 11) ebenso wie vom Rat der Europäischen Union (Rat der Europäischen Union 2011, Abschnitt 26) eingefordert.

Eine weitere Verankerung europäischer Engagementförderung durch die Etablierung einer permanenten europäischen Institution, die die verschiedenen Ansätze und Initiativen der einzelnen Generaldirektionen und Politikbereiche koordiniert, ohne sie jedoch notwendigerweise zu harmonisieren, ist nicht geplant. Die Europäische Kommission schlägt in ihrer Mitteilung jedoch vor, dass „die EU in den kommenden Jahren ein Katalysator für die Strategieentwicklung im Bereich der Freiwilligentätigkeit sein“ könne (Europäische Kommission 2011: 4f.). In Deutschland wurde beispielsweise nach dem Enquete-Bericht (Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages 2002) der Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement des Deutschen Bundestages etabliert. Ähnliche strukturelle Veränderungen werden zwar von der EYV 2011 Alliance angeregt, zeichnen sich jedoch bisher auf europäischer Ebene nicht ab. Auch wird vorgeschlagen, die Offene Methode der Koordinierung auf alle engagementrelevante Politikbereiche auszuweiten, um so die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen in den EU-Mitgliedsstaaten zu fördern (EYV Alliance 2011, Abschnitt 3.1.2). Bisher findet die Offene Methode der Koordinierung im Bereich Jugendpolitik Anwendung und wurde in dem Kommissionsdokument lediglich bestätigt (Europäische Kommission 2011, Abschnitt 2.2.4.).

¹¹ Programm „Jugend in Aktion“ (2007-2013).

Insgesamt deuten die genannten Punkte darauf hin, dass die weitere Ausdifferenzierung europäischer Engagementpolitik stark auf einer (rhetorischen) Integration bestehender Politiken in die Thematik „bürgerschaftliches Engagement“ basiert, daher kommt hier die These „alter Wein in neuen Schläuchen“ zum Tragen.

7

Ausbau und Etablierung neuer Maßnahmen

In einem Bereich lässt sich allerdings eindeutig eine institutionelle Erweiterung festmachen – in dem Bereich der Beziehungen der Europäischen Union zu Drittländern. 2011 wurden die ersten Pilotprojekte für die Entwicklung eines Europäischen Freiwilligenkorps (EVHAC) durchgeführt. Ziel der Europäischen Kommission ist es, auf Basis des Artikels 188(5) des Vertrags von Lissabon eine Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Freiwilligenkorps für humanitäre Hilfe im Jahr 2012 durchzusetzen, auf dessen Basis sich ca. 2000 Personen an dem Projekt beteiligen können (Europäische Kommission 2011, Abschnitt 2.2.7.2.). Da es bereits eine Vielzahl solcher Projekte von Organisationen aus den einzelnen EU-Mitgliedsstaaten gibt und diese transnational koordiniert werden, wird der europäische Mehrwert insbesondere darin gesehen, die verschiedenen nationalen Organisationen stärker miteinander zu vernetzen und auf deren Erfahrungen aufzubauen. Diese Entwicklung wird ebenfalls von anderen relevanten Akteuren wie dem Rat der Europäischen Union oder dem EYV 2011 Alliance Netzwerk begrüßt, auch wenn einzelne Punkte zur Ausgestaltung und Umsetzung des Freiwilligenkorps noch umstritten sind. Hier zeichnet sich eindeutig ein Ausbau europäischer Engagementförderung ab, der, langfristig vorbereitet, während des Europäischen Jahres 2011 weiter vorangetrieben wurde. Dies zeigt, dass es sich nicht nur um alten Wein in neuen Schläuchen handelt, sondern europäische Engagementförderung tatsächlich weiterentwickelt wird und neue Bereiche für Freiwilligentätigkeit erschlossen werden.

Gesetzgeberische Initiativen: „Verhärtung“ europäischer Engagementpolitik

Eine „Verhärtung“ europäischer Engagementpolitik deutet sich auch durch das Wiederaufleben von Gesetzesvorhaben ab. Wie bereits erwähnt zeichnet sich europäische Engagementpolitik, bis auf wenige Ausnahmen (beispielsweise im Bereich Sport), vor allem durch weiche politische Förderinstrumente, anstelle einer europäischen Gesetzgebung, aus. Während des Europäischen Jahres 2011 wurden jedoch ebenso auf gesetzgeberischer Ebene erneut Anläufe zur Entwicklung eines europäischen Vereins- und Stiftungsrechts gestartet. Dies wurde auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgegriffen und thematisiert (EYV Alliance 2011: 30). Beispielsweise wird von europäischen Dachorganisationen wie dem European Foundation Center ein europäisches Stiftungsstatut befürwortet (European Foundation Centre 2011). Im Februar 2012 hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für das Statut einer Europäischen Stiftung mit dem Ziel der Schaffung einer einheitlichen europäischen Rechtsform, die die grenzüberschreitenden Tätigkeiten von Stiftungen erleichtern sollen, verfasst (Europäische Kommission 2012). Darüber hinaus fordert das Europäische Parlament in einer Deklaration die „Einführung eines Europäischen Statuts für Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, Verbände und Stiftungen“ (Europäisches Parlament



2011). Diese Initiative ist umso erstaunlicher, da bisher trotz mehrfacher Initiativen seitens des Europäischen Parlaments und zivilgesellschaftlicher Akteure die Etablierung eines europäischen Vereinsrechts auf Grund von Fragen der Zuständigkeiten und Kompetenzen, aber auch unterschiedlicher Verständnisse von Vereinsrecht, gescheitert sind (Breen 2008, Kendall/Fraisse 2009). Dies zeigt, dass die Aufmerksamkeit und Debatten im Rahmen des Europäischen Jahres 2011 auch Themen betreffen, die bereits von der politischen Agenda verschwunden waren und die nun wieder ‚salonfähig‘ gemacht wurden. Dennoch sind dies zunächst Anstöße von Entwicklungen. Es bleibt abzuwarten, ob sie tatsächlich in neue europäische Gesetzgebung münden.

Vertiefung der Kommunikation und des Informationsflusses

Die Europäische Kommission setzt sich für eine stärkere Vereinheitlichung und Koordinierung der verschiedenen engagementpolitischen Maßnahmen, insbesondere eine verbesserte Kommunikation, ein. Als ein zentraler, langfristiger Aspekt des Europäischen Jahres 2011 kann die Vertiefung und der Ausbau der Kommunikation zwischen europäischen Institutionen, aber auch mit den Bürger/innen und den verschiedenen Politikebenen betrachtet werden. Ziel der Kommission ist es, die Bürger/innen weiterhin noch besser über die verschiedenen Programme und Projekte aufzuklären und auf die Möglichkeiten aufmerksam zu machen (Europäische Kommission 2011, Abschnitt 2.1). Dies ist insofern relevant, da viele der Programme unabhängig voneinander in verschiedenen Generaldirektionen geplant und durchgeführt werden, somit europäische Fördermaßnahmen untereinander nicht effektiv koordiniert werden und für Bürger/innen dadurch nicht immer nachvollziehbar sind. Eine stärkere Zentralisierung der Informationsflüsse über diese Projekte kann zu einer Vereinheitlichung im Sinne der „Portraitierung der Vielfalt“ beitragen. Vorschläge für ein besseres „Informationsmanagement“ findet man sowohl im Ratsschlussfolgerungen „Die Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik“ (Rat der Europäischen Union 2011, Abschnitt 24 und 36) ebenso wie in der „Policy Agenda on Volunteering in Europe“ (EYV 2011 Alliance 2011, Abschnitt 3.1.5). Hier zeichnet sich ein Konsens zwischen den verschiedenen Akteuren ab, was die Umsetzung der Vorschläge erleichtern könnte.

Eine starke Übereinstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren gibt es zudem in der Betonung der Wichtigkeit eine gemeinsame europäische Datenbasis zu schaffen, da nur so auf Grundlage fachwissenschaftlicher Daten nachhaltige engagementpolitische Perspektiven und Handlungsempfehlungen formuliert werden können (Europäische Kommission 2011, Rat der Europäischen Union 2011, EYV Alliance 2011). Die Johns-Hopkins-Universität entwickelt derzeit auf Grundlage des Handbuchs der IAO (Internationalen Arbeiterorganisation) eine europäisch vergleichende Datenbasis für bürgerschaftliches Engagement. Ziel dieser Datenbasis ist es, auf Grundlage gemeinsamer Definitionen und Arbeits- bzw. Herangehensweisen eine bessere Vergleichbarkeit der Daten zur Freiwilligentätigkeit zu ermöglichen.

Eine bessere Informationslage soll ebenso durch eine bessere Berichterstattung der einzelnen Nationalstaaten, wie sie beispielsweise für die Umsetzung der EU-Strategie für die Jugend vorgesehen ist, geschaffen werden (Europäische Kommission 2009). Solch ein Informationsfluss soll auch für die Formulierung von Empfehlungen an die Mitgliedsstaaten verwendet werden.



Kommunikation und ein verbesserter Informationsfluss zwischen den Institutionen, aber auch zu den Bürger/innen, ist ein wichtiges Mittel um das Wissen über europäische Fördermaßnahmen zu verbreiten und besser zu koordinieren. Zudem kann die Vereinheitlichung einer Datenbasis über Ausmaß, Formen, Qualität und Wirkungen von Freiwilligenarbeit in Europa dazu beitragen, das Verständnis über „bürgerschaftliches Engagement“ und dessen Rolle für den „aktive/n Bürger/in“ in Europa voranzutreiben. Dennoch kann die Forderung einer gemeinsamen Datengrundlage und der Verbesserung des Informationsflusses nicht darüber hinwegtäuschen, dass immer noch unklar ist, welches Verständnis von Freiwilligentätigkeit zu Grunde liegt – insbesondere wie Konzepte zur Förderung von Freiwilligentätigkeit mit der Förderung von einer politisch aktiven Bürgerschaft verbunden werden soll, wie es durch den Titel des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft 2011 als Ziel suggeriert wird.¹² Dies gelingt schwerlich, obwohl die Europäische Kommission betont, dass Freiwilligentätigkeit ein wichtiger „Ausdruck der europäischen Bürgerschaft“ sei (Europäische Kommission 2011, Abschnitt 2.2.1).

Bereits die Betrachtung der verschiedenen Vorstellungen in den Mitgliedsstaaten weist auf die Schwierigkeiten hin, ein einheitliches Verständnis im Sinne einer zu Grunde liegenden (Leit-)Idee zu formulieren:

Der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ ist in Europa nicht einheitlich definiert, da die verschiedenen EU-Mitgliedsstaaten unterschiedliche Begriffe mit abweichenden Bedeutungen verwenden. So basieren beispielsweise der britisch-amerikanische Begriff „volunteering“, das französische „volontariat“, das italienische „volontariato“, das schwedische „frivillig verksamhet“ und das deutsche „bürgerschaftliche Engagement“ auf unterschiedlichen historischen Entwicklungen und haben verschiedene kulturelle und politische Bedeutungen. Der englische Begriff „volunteering“ ist z.B. eng mit der Tocquevillschen Vorstellung der Verbindung zwischen Freiwilligenorganisationen und Demokratie verknüpft, wohingegen der deutsche Begriff des Ehrenamts stärker den ehrenvollen Dienst für das öffentliche Gemeinwohl betont (Anheier/Salamon 1999: 48). Für das Europäische Jahr 2011 wurde sich auf den Begriff der Freiwilligentätigkeit geeinigt. In der Entscheidung des Rates vom 27. November 2009 über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit zur Förderung der aktiven Bürgerschaft (2011) wird der Begriff wie folgt definiert:

„Freiwilligentätigkeit [bezieht sich] auf jede Art der freiwilligen Tätigkeit, ob formell, nichtformell oder informell, die aus freiem Willen, eigener Wahl und eigenem Antrieb von einer Person ausgeübt wird und nicht auf finanziellen Gewinn ausgerichtet ist. Sie kommt dem Freiwilligen selbst, den lokalen Gemeinschaften und der Gesellschaft als Ganzes zugute. Sie ermöglicht es sowohl dem Einzelnen als auch Vereinigungen, sich für menschliche, soziale, intergenerationelle oder umweltpolitische Bedürfnisse und Belange einzusetzen und wird oft zur Unterstützung einer nicht gewinnorientierten Organisation oder Bürgerinitiative ausgeführt. Die Freiwilligentätigkeit ersetzt keine professionellen,

¹² Geplant ist, dass das Thema der grenzüberschreitenden Freiwilligentätigkeit ebenfalls im Europäischen Jahr der Bürgerinnen und Bürger 2013 weiterfolgt werden soll. Dies deutet an, dass das Europäische Jahr auch auf kommunikativer Ebene eine längerfristige Auswirkung haben kann, da der Diskurs und politische Dialog über Freiwilligentätigkeit nicht mit Ende dieses Jahres abgeschlossen sein wird.

bezahlten Arbeitsplätze, sondern bietet der Gesellschaft einen Mehrwert“ (Rat der Europäischen Union 2009, Absatz 5).

Diese allgemeine Definition für freiwillige Tätigkeiten bzw. für bürgerschaftliches Engagement stellt einen guten Ausgangspunkt für öffentliche Diskussionen dar. Offen bleibt jedoch, wie Freiwilligentätigkeiten („volunteering“), wie sie in den verschiedenen europäischen Programmen gefördert werden, mit den weiteren Aspekten der demokratisch-politischen Partizipation einer aktiven Bürgerschaft verknüpft werden können. Vor allem bezüglich des letzten Aspektes zeichnen sich Divergenzen in den Vorstellungen zwischen europapolitischen Akteuren und der EYV 2011 Alliance ab, worauf im folgenden Abschnitt eingegangen werden soll.

10

3. Zivilgesellschaftliche Forderungen als Motor für eine stärkere Etablierung europäischer Engagementpolitik?

Im bisherigen Abschnitt wurde bereits deutlich, dass sich Ideen und Vorschläge zivilgesellschaftlicher Organisationen zumindest in Teilen auch in den Kommissionspositionen widerspiegeln. Gleichzeitig lassen sich auch einige Divergenzen beobachten. Die Diskussion dieser Aspekte reflektiert nicht nur die Positionierung zivilgesellschaftlicher Akteure, sie ermöglicht auch erste Mutmaßungen, in welche Richtung sich die europäische Engagementpolitik weiterentwickeln und wie sich die Bürgerschaft „aktiv“ daran beteiligen könnte. Insgesamt lässt sich sagen, dass die zivilgesellschaftlichen Netzwerke stärker auf strukturelle Veränderungen, beispielsweise mit den Forderungen nach der Etablierung einer neuen Koordinierungsinstitution, der Ausweitung verschiedener Förderprogramme oder der Entwicklung einer „European Charter on the Rights and Responsibilities of Volunteers“ drängen, als die Europäische Kommission bereit ist umzusetzen.

Die Europäische Kommission kann sich in ihrer Mitteilung vorstellen, dass die EU – und somit vor allem auch sie selbst – eine Art Katalysator für weitere strategische Entwicklungen im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements sein könnte (Europäische Kommission 2011: 4). Wie sich ein kohärenterer politischer Prozess auf europäischer Ebene entwickeln kann, der über Kommunikation und Verstärkung eines Informationsflusses zwischen einzelnen Akteuren hinausgeht, wird dort jedoch nicht detailliert beschrieben. Nach den üblichen Prozessen europäischer Zusammenarbeit bestünde die Möglichkeit einen Grünbuch- und Weißbuchprozess anzustoßen.¹³ So könnte das Querschnittspolitikfeld „Bürgerschaftliches Engagement“ auf europäischer Ebene besser etabliert, ihm eine stärkere Anerkennung verschafft und damit insgesamt die Entwicklung einer europäischen Engagementstrategie befördert werden.

¹³ Dies jedoch forderte der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) bereits 2006 in seiner Stellungnahme „Freiwillige Aktivitäten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“ (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2006). Bürgerschaftliches Engagement werde zumeist auf lokaler Ebene geleistet und so könne ein Weißbuch „zu einer Strategie beitragen, mit der die europäische Dimension dieser Aktivitäten gestärkt und eine aktive europäische Bürgerschaft sowie eine europäische Identifikation gefördert werden“ kann (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2006).



Darüber hinaus bestehen Divergenzen in Hinblick auf das Verständnis von bürgerschaftlichem Engagement, wie es dem Kommissionsdokument und P.A.V.E zu Grunde liegt. Die EYV 2011 Alliance kritisiert insbesondere die Tendenz der Reduzierung des Begriffs des bürgerschaftlichen Engagements auf Aspekte der Freiwilligentätigkeit („volunteering“), was zu einer Vernachlässigung der Aspekte politischer Partizipation führen könnte, da die Gefahr bestünde, dass es den Teilhabeaspekt des bürgerschaftlichen Engagements stark einschränke. Die „Policy Agenda for Volunteering“ könnte, auch aufgrund ihrer breiten Fassung, als ein umfassenderer Aufschlag zu einer europäischen Engagementstrategie verstanden werden. Kritisch lässt sich hier jedoch anmerken, dass sich auch in P.A.V.E. kein einheitliches Leitbild identifizieren lässt, welches beide Aspekte einer „ganzheitlichen Strategie“ gleichwertig umfassen würde: eine Strategie zur Förderung von Freiwilligentätigkeit (Aspekt des Ehrenamts) sowie eine Strategie zur Förderung der politischen Beteiligung europäischer Bürger/innen (Aspekt der Partizipation). Während für den Aspekt des Ehrenamts bzw. der Freiwilligentätigkeit eine ermöglichende Infrastruktur wichtig ist, so dass sich der/die einzelne Bürger/in engagieren kann, geht der Aspekt der Partizipation in einer ganzheitlichen Strategie darüber hinaus. Die Bürger/innen sollen die Chance haben, sich beispielsweise auch politisch engagieren und dadurch stärker an der Gesellschaft teilhaben zu können. Eine solch „ganzheitliche“ Strategie müsste jedoch die Frage eines Leitbildes des bürgerschaftlichen Engagements sowie die Rolle des Staates respektive der Europäischen Union und der Zivilgesellschaft bezüglich Freiwilligentätigkeiten klären. Bisher herrscht zwischen der Vielzahl von Akteuren, die die europäische Engagementpolitik mitgestalten, keine Einigkeit darüber, wie solch ein Leitbild ausgestaltet sein soll.

4. Fazit und Ausblick

In diesem Text wurde die Herausbildung einer europäischen Engagementpolitik mit besonderem Fokus auf Entwicklungen während des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 diskutiert. Es wurde gezeigt, dass sich in diesem politischen Handlungsfeld bisher zwar keine einheitliche und kohärente Strategie zur Engagementförderung herauskristallisiert hat. Dennoch kann argumentiert werden, dass die Entwicklung während und als Folge des Europäischen Jahres 2011 an Fahrt gewonnen hat, was zu einer stärkeren Verankerung der Thematik bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema in verschiedenen europäischen Politikbereichen führt (verstärkte Kohärenz) und dadurch gleichzeitig auch das Politikfeld als solches um weitere Themengebiete, Institutionen und Akteure erweitert wird (Zunahme der Ausdifferenzierung). Obwohl vielfach auf bereits bestehende Politiken und Fördermaßnahmen Bezug genommen wurde, sind die Entwicklungen während des Europäischen Jahres 2011 nicht nur als „alter Wein in neuen Schläuchen“ zu bezeichnen. Es lässt sich festhalten, dass sich das Politikfeld „Bürgerschaftliches Engagement“ auf europäischer Ebene – langsam - weiterentwickelt.¹⁴

¹⁴ Die offizielle Evaluation des Europäischen Jahres 2011 durch Deloitte ist für Ende Mai 2012 angekündigt.



Die aktuellen Entwicklungen lassen einige Fragen offen, die hier nur exemplarisch angeführt werden können: Wo genau wird Engagementpolitik zukünftig auf europäischer Ebene verankert sein? Inwiefern umfasst die europäische Förderung von Freiwilligentätigkeit auch Aspekte der demokratisch-politischen Partizipation? Wie kann eine weitere Vereinheitlichung und Koordinierung in diesem stark zerklüfteten Politikfeld aussehen und ist dies überhaupt politisch erwünscht und notwendig?

Nicht zuletzt kommt es bei der Weiterentwicklung europäischer Engagementpolitik auch auf die aktive Rolle der Zivilgesellschaft an. Verbände, Vereine, Stiftungen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen sind dabei nicht nur als Agenda-Setter gefragt, die Ideen und neue Anstöße in den Politikprozess einbringen können; sie sind auch wichtige Akteure die europäische Initiativen in die verschiedenen nationalen Kontexte hineinragen und umsetzen. So wird ein positiver Effekt des Europäischen Jahres 2011 in der zunehmenden Sensibilisierung und Mobilisierung einer Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen für europapolitische Belange gesehen. Die weitere Rolle der EYV 2011 Alliance in diesem Prozess kann davon abhängen, in welcher Weise die Mitgliedsorganisationen der EYV 2011 Alliance mit europäischen Institutionen zukünftig zusammenarbeiten werden und sich auf europäischer Ebene weiterhin engagieren.

Der EWSA schlägt derweil vor „einige praktische Schritte einzuleiten, um die Errungenschaften des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit auch nach 2011 zu wahren und der Freiwilligentätigkeit einen festen Platz auf der nationalen und europäischen Tagesordnung zu geben.“ So solle Freiwilligentätigkeit als Querschnittsthema anerkannt und durch ein noch einzurichtendes Sonderreferat innerhalb der Europäischen Kommission koordiniert werden (Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss 2012: 3).

Einen weiteren Anstoß für konstruktive Auseinandersetzungen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren könnte möglicherweise die Debatte über das europäische Freiwilligenjahr für alle liefern, die von den Verfassern des „Manifests zur Neugründung Europas von unten“ angeregt wurde. Die Möglichkeit für alle Bürger/innen ein europäisches Freiwilligenjahr zu absolvieren wird dabei als „Selbstbegründungsakt der europäischen Bürgergesellschaft“ verstanden, welcher dazu beitragen soll „die nationalen Demokratien europäisch zu demokratisieren und auf diese Weise Europa neu zu begründen“. ¹⁵ Es bleibt abzuwarten inwiefern solche Vorstöße aufgegriffen und dazu verwendet werden, das Konzept der Freiwilligentätigkeit um Aspekte der politischen Mitbestimmung weiter auszubauen.

¹⁵ Siehe <http://manifest-europa.eu/allgemein/wir-sind-europa?lang=de>, initiiert von Ulrich Beck und Daniel Cohn-Bendit.

Literatur

- Anheier, H. K./Salamon, L. M. (1999): *Volunteering in Cross-National Perspective: Initial Comparisons*. In: *Law and Contemporary Problems*, 62(4), 1999, S. 43-65.
- Breen, O. B. (2008): *EU Regulation of Charitable Organizations: The Politics of Legally Enabling Civil Society*. In: *International Journal of Not for Profit Law*, 10(3), 2008, S. 50-79.
- Directorate-General Education and Culture (2006): *10 years of solidarity and active citizenship. European Voluntary Service 1996-2006*, http://ec.europa.eu/youth/archive/evs2006/download/EVS_History.pdf (Abruf: 22.4.2012).
- Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (2002): *Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft*. Opladen: Leske + Budrich.
- European Foundation Centre (2011): *It's Time for a European Foundation Statute*. Brüssel: European Foundation Centre.
- Europäisches Parlament (2011): *Schriftliche Erklärung zur Einführung eines Europäischen Statuts für Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, Verbände und Stiftungen* (0084/2010), <http://www.europeanstatuteswritendeclaration.eu/#> (Abruf: 20.10.2011).
- Europäische Kommission (2001): *Weißbuch der Kommission: Neuer Schwung für die Jugend Europas*, KOM(2001) 681. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2009): *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Eine EU-Strategie für die Jugend – Investitionen und Empowerment. Eine neue offene Methode der Koordinierung, um auf die Herausforderungen und Chancen einzugehen, mit denen die Jugend konfrontiert ist*. KOM(2009) 200. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2011): *Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Mitteilung zu EU-Politik und Freiwilligentätigkeit: Anerkennung und Förderung grenzüberschreitender Freiwilligenaktivitäten in der EU*. KOM(2011) 568. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäische Kommission (2012): *Vorschlag für eine Verordnung des Rates über das Statut der Europäischen Stiftung (FE)*. COM(2012) 35 final. Brüssel: Europäische Kommission.
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2006): *Stellungnahme zu „Freiwilligentätigkeiten, ihre Rolle in der europäischen Gesellschaft und ihre Auswirkungen“* (SOC/243 CESE 1575/2006). Brüssel: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss.
- Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss (2012): *Stellungnahme zu der „Mitteilung zu EU-Politik und Freiwilligentätigkeit: Anerkennung und Förderung grenzüberschreitender Freiwilligenaktivitäten in der EU“* (SOC/431 CESE 1777/2011 fin (EN) MS/KS-MS/hj). Brüssel: Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss.
- EYV 2011 Alliance (2011): *P.A.V.E. - Policy Agenda on Volunteering in Europe, European Year of Volunteering* 2011 Alliance,

http://www.eyv2011.eu/images/stories/pdf/EYV2011Alliance_PAVE_copyfriendly.pdf (Abruf: 27.4.2012).

- Held, M. (2010): *Engagementpolitik der EU – Flickwerk oder Strategie?* In: Klein, A./Olk, T./Hartnuß, B. (Hrsg.): *Engagementpolitik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 407-436.
- Hilger, P. (2008): *Engagement policies in European governance*. In: Freise, M. (Hrsg.): *European Civil Society*. Baden-Baden: Nomos, S. 181-199.
- Kendall, J. (2009a): *Concluding Observations: A Diverse and Evolving Third Sector Policy Landscape*. In: Kendall, J. (Hrsg.): *Handbook on Third Sector Policy in Europe: Multi-level Processes and Organized Civil Society*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 382-391.
- Kendall, J. (2009b): *Terra Incognita: Third Sectors and European Policy Processes*. In: Kendall, J. (Hrsg.): *Handbook on Third Sector Policy in Europe: Multi-level Processes and Organized Civil Society*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 3-21.
- Kendall, J./Fraise, L. (2009): *The European Statute of Association: Why an Obscure but Contested Symbol in a Sea of Indifference and Scepticism?* In: Kendall, J. (Hrsg.): *Handbook on Third Sector Policy in Europe: Multi-level Processes and Organized Civil Society*. Cheltenham: Edward Elgar Publishing, S. 209-228.
- Rat der Europäischen Union (2004): *Entschließung des Rates (...) über gemeinsame Zielsetzungen für die Freiwilligentätigkeit von Jugendlichen (13996/04)*. Brüssel: Rat der Europäischen Union.
- Rat der Europäischen Union (2009): *Entscheidung des Rates über das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit (2011) SEC(2009)725*. Brüssel: Rat der Europäischen Union.
- Rat der Europäischen Union (2011): *Die Rolle der Freiwilligentätigkeit in der Sozialpolitik – Schlussfolgerungen des Rates 14552/11*. Brüssel: Rat der Europäischen Union.
- Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages (2012): *Kurzprotokoll der 24.Sitzung des Unterausschusses „Bürgerschaftliches Engagement“*, Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Protokoll 17/24, http://www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse17/a13/buerger_eng/Oeffentliche_Sitzungen/Protokolle/24_Sitzung_Kurzprotokoll_m_Anlagen.pdf (Abruf: 15.6.2012).
- Schwärzel, M. (2010): *High Hopes, Low Expectations... Chancen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit*. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 4/2010, S. 44-50.